

76. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	2011
Antrag-Nr. Die Europäische Einigung und der Euro	Beschluss:
Antragsteller: Parteivorstand	<input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

Der Parteitag möge beschließen:

Die Europäische Einigung und der Euro
Die größte Bewährungsprobe seit Unterzeichnung der Römischen Verträge

Die Schuldenkrise einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist zu einer ersten Bedrohung für die Europäische Währungsunion geworden und könnte dem gesamten Projekt der Europäischen Integration schweren Schaden zufügen, wenn sie nicht entschlossen, rasch, verantwortungsbewusst, besonnen und gemeinschaftlich gemeistert wird. Es ist die größte Bewährungsprobe, die Europa seit Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 zu bestehen hat. Die CSU ist der festen Überzeugung, dass Europa die Kraft besitzt, diese Bewährungsprobe auf der Grundlage klarer Prinzipien zu meistern.

I.

Die Europäische Union - Europas wichtigste politische Leistung

- 1. Die Christlich Soziale Union ist stolz darauf, den europäischen Einigungsprozess von Anfang an aktiv mitgestaltet zu haben. Das geeinte Europa war von der CSU seit ihrer Gründung immer als starke politische Einheit gedacht. Die Europäische Union ist die wichtigste politische Gemeinschaftsleistung der europäischen Staaten. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es eine nach Quantität und Qualität nur annähernd vergleichbar enge Kooperation und Integration zwischen souveränen Staaten. Nur geeint und mit handlungsfähigen Institutionen kann Europa seine Interessen in der Welt durchsetzen.**

Für die CSU ist Europa zuerst eine Werte- und Kulturgemeinschaft auf christlich-abendländischer Grundlage, die für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Menschenrechte und das christliche Erbe unseres Kontinents steht. Der europäische Einigungsprozess hat bisher nach Jahrhunderten der Konflikte und Kriege entscheidend zu Frieden, Freiheit, Sicherheit und Einheit auf dem europäischen Kontinent beigetragen und eine übernationale Rechtsordnung geschaffen. Er ist Voraussetzung für gemeinsames Handeln der Europäer in der Welt und für die politische Selbstbehauptung Europas angesichts der Herausforderungen durch die Globalisierung. Der europäische Binnenmarkt beruht auf einer strikten Wettbewerbsordnung, er hilft mit seinen Freiheiten den Menschen, er hat die Volkswirtschaften enger miteinander verbunden und den Wohlstand in der EU gemehrt und er nützt im Besonderen der Exportnation Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland trägt als größtes Land in der Mitte Europas besondere Verantwortung für die Zukunft des Kontinents.

- 2. Die europäische Einigung ist kein Selbstläufer. Angesichts der abnehmenden Zustimmung der Menschen zum europäischen Einigungsprozess und der zurückgehenden Beteiligung bei den Europawahlen - Ausnahme Bayern 2009 - ist es dringend notwendig, in der Bevölkerung das Bewusstsein für die existenzielle Bedeutung der europäischen Einigung wachzuhalten, die weit über die bisherigen**

Errungenschaften wie Frieden, Wohlstand und offene Grenzen hinausgeht. Es steht die Selbstbehauptung der Europäer - im Rahmen der atlantischen Allianz - u. a. gegenüber China, Indien, Russland, Brasilien und der übrigen Welt auf dem Spiel. Deshalb engagiert sich die CSU mit Nachdruck für die Einigung Europas. Wir wollen die Erfolgsgeschichte Europas fortführen und die Europäische Union weiterentwickeln und an die jeweiligen Herausforderungen anpassen.

Die Verschiedenheit der Nationen und Regionen und das Subsidiaritätsprinzip

- 3. Für die CSU bilden die Nationen, Regionen und Kommunen die gewachsenen Grundeinheiten der europäischen Völker. Sie sind ein Ausdruck der Vielfalt und des kulturellen Reichtums Europas. Die europäischen Nationen sind von Beginn an die Träger des europäischen Einigungsprozesses und seiner demokratischen Legitimierung durch die Bürger gewesen. Sie haben bereits beträchtliche Teile ihrer Kompetenzen auf die Europäische Union übertragen und sind auch verantwortlich für den Fortgang der europäischen Integration. Europas Lebenskraft liegt auch in seinen Regionen.**

Die Europäische Union beruht auf der Gemeinschaft gleichberechtigter souveräner Staaten. Freundschaft und Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bilden eine ihrer Grundlagen. Die Staatsbürgerschaft der Mitgliedstaaten wurde inzwischen zur Unionsbürgerschaft erweitert.

Die Fortschritte bei der europäischen Integration haben aber die mentalitäts- und traditionsbedingten Unterschiede zwischen den europäischen Nationen und ihren Volkswirtschaften nicht beseitigt. Die Mitgliedstaaten können in den Kompetenzbereichen, die nicht vergemeinschaftet sind, z. B. in der Energiepolitik (das Recht der Mitgliedstaaten zur Festlegung der Bedingungen für die Nutzung der Energieressourcen, zur Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und zur Regelung der allgemeinen Struktur der Energieversorgung), ihre eigenen Ziele verfolgen. Wesentliche Bereiche staatlicher Souveränität befinden sich weiter in der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

- 4. Die CSU sieht im Grundsatz der Subsidiarität das am besten geeignete Ordnungsprinzip für die Aufgabenverteilung auf die verschiedenen Ebenen in der Europäischen Union, wonach die EU nur die Aufgaben wahrnehmen soll, die von den Mitgliedstaaten und Regionen nicht ausreichend selbst und von der EU besser wahrgenommen werden können.**

Wichtig ist eine klare Kompetenzabgrenzung sowie die konsequente Beachtung des Grundsatzes der begrenzten Einzelermächtigung der Europäischen Union. Das Subsidiaritätsprinzip muss sowohl für die Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene als auch für deren Rückübertragung gelten. Aufgaben der Europäischen Union können sowohl in gemeinschaftlicher als auch in zwischenstaatlicher Form erfüllt werden.

- 5. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat sind die Hüter der Souveränität und der Kompetenzen Deutschlands. Die Kernbereiche der Staatlichkeit und der Verfassungsidentität dürfen nicht auf die europäische Ebene übertragen werden.**

Die offene Finalität der Europäischen Union

6. Die CSU hält den Staatenverbund der Europäischen Union für die absehbar geeignetste Organisationsform der europäischen Integration und lehnt die Idee von Vereinigten Staaten von Europa ab.

Dies wäre der europäische Bundesstaat, der auch über seine eigenen Kompetenzen selbst entscheiden könnte.

Obwohl der Lissabon-Vertrag den immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker anstrebt, lässt er die Finalität der Europäischen Union offen, die eine räumliche und eine institutionell-kompetenzmäßige Dimension hat. Die Einigung Europas ist ein offener Prozess, der in der Verantwortung der Völker Europas liegt.

Die Vorstellung, dass Stagnation der Anfang vom Ende des europäischen Projekts sei, hat einerseits zum schrittweisen, erfolgreichen Ausbau der Europäischen Union, andererseits aber auch zu einer Zentralisierungs- und Reglementierungsdynamik geführt, die oft schon im Brüsseler Handeln an sich einen europäischen Mehrwert sieht. Aus der Bündelung von immer mehr Politikbereichen ist aber weder ein europäisches Gemeinschaftsbewusstsein noch die erhoffte politische Union entstanden.

7. Nach den verschiedenen erfolgreichen Etappen der Erweiterungen der ursprünglichen Sechsergemeinschaft, insbesondere nach der Osterweiterung, gilt es nun nach Überzeugung der CSU zunächst, die Europäische Union – einschließlich des Beitritts Kroatiens – zu konsolidieren.

Maßstab für weitere Beitritte europäischer Staaten, etwa auf dem westlichen Balkan, muss die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union und die unbedingte Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch die Beitrittskandidaten sein. Einen Beitritt der Türkei lehnt die CSU ab, weil die Mitgliedschaft der Türkei die Integrationskraft der EU in mehrfacher Hinsicht überfordern und damit zum Scheitern der EU beitragen würde. Trotzdem bleibt die Türkei ein wichtiger strategischer Partner der Europäischen Union im Rahmen der NATO.

Der Meilenstein des Vertrags von Lissabon

8. Der Vertrag von Lissabon bedeutet einen Meilenstein im europäischen Integrationsprozess. Vergleicht man allerdings die aktuelle Situation der EU mit dem im Lissabon-Vertrag gesetzten Rahmen, dann sind die Optimierung des Bestehenden sowie die Konsolidierung des Erreichten die vordringlichsten Aufgaben der EU. Dazu gehören auch die dauerhafte Bewältigung der Schuldenkrise in einigen Mitgliedstaaten, die Sicherstellung des Funktionierens der Währungsunion und die Verankerung einer Stabilitätskultur. Die CSU spricht sich deshalb gegen eine über diese Aufgaben hinausgehende Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene aus und tritt dafür ein, jetzt den Lissabon-Vertrag in allen seinen Teilen mit Leben zu erfüllen und auf dieser Grundlage Europa voranzubringen. Dies gilt insbesondere auch für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Mit dem Vertrag von Lissabon, der am 01. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, sollte die Europäische Union einen stabilen und dauerhaften institutionellen Rahmen erhalten, der geeignet ist, die demokratische Legitimation der Union zu verbessern, ihre Effizienz zu erhöhen und die Kohärenz ihres Handelns zu optimieren. Der Vertrag überträgt nicht nur weitere Kompetenzen auf die europäische Ebene, sondern er schafft auch neue Institutionen wie den Präsidenten des Europäischen Rates und den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie einen Europäischen Auswärtigen Dienst und bezieht die nationalen Parlamente in den europäischen Entscheidungsprozess mit ein. Die

sog. doppelte Mehrheit, die ab 2014 im Rat gilt, trägt der Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten besser als bisher Rechnung. Neben dem Europäischen Rat ist vor allem das Europäische Parlament gestärkt worden, weil es in 32 weiteren Bereichen zum Mitgesetzgeber aufrückt und die volle Mitentscheidungskompetenz über das Budget erhält. Es bleibt abzuwarten, ob die EU mit dem neuen Vertrag handlungsfähiger und transparenter wird.

Der EU-Haushalt und die finanzielle Solidarität

- 9. Die CSU fordert von der Europäischen Union eine Haushaltspolitik, die im Gleichklang mit den Konsolidierungsanstrengungen der nationalen Parlamente steht und alle Bereiche schonungslos auf ihr Einsparpotential überprüft. Sie tritt dafür ein, dass die Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt deren wirtschaftlicher Leistungskraft entsprechen. Die finanziellen Hilfen der Europäischen Union müssen so ausgestaltet sein, dass sie eine wirksame Hilfe zur Selbsthilfe sind und Benachteiligungen ausgleichen, wo sie auf andere Weise nicht zu beseitigen sind.**

Zu den Grundsätzen der Europäischen Union als Staatenverbund gehört, dass sie zwar über eigene Einnahmen (aus Zöllen/Agrarabschöpfungen, Mehrwertsteueranteil und BSP-Beitrag), aber nicht über eine eigene Steuerhoheit verfügt, und dass sie keine Kredite zur Finanzierung des Haushalts aufnehmen darf. Durch einen mehrjährigen Finanzrahmen und die Festlegung einer Ausgabenobergrenze sollen die Ausgaben unter Kontrolle gehalten werden.

Da der EU-Haushalt auch der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik, des Regionalfonds und des Sozialfonds dient, leistet er insbesondere im Rahmen des Regionalfonds und des Sozialfonds einen im Budget festgelegten konkreten Beitrag zur Verwirklichung der finanziellen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

- 10. Die CSU lehnt die Einführung einer Steuererhebungskompetenz für die Europäische Union ab, da eine Steuerhoheit der Europäischen Union einem Staatenverbund widersprechen und praktisch eine Mehrbelastung der Bürger zur Folge haben würde. Das Recht Steuern zu erheben muss bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Das gilt auch für eine Finanztransaktionssteuer, durch die der Finanzsektor an der Bewältigung der Krise beteiligt werden soll. Sie muss in allen Ländern der Europäischen Union und an allen europäischen Finanzplätzen nach gleichen Grundsätzen erhoben werden.**

- 11. Die CSU bekräftigt den Grundsatz, dass jedes Land in der Europäischen Union für seine Finanzen selbst verantwortlich und die gegenseitige Haftung ausgeschlossen ist („no bail out“). Dieser Grundsatz war von Beginn an ein zentraler Pfeiler der Währungsunion und eine Bedingung für ihre Akzeptanz.**

Die finanzielle Solidarität der Mitgliedstaaten findet nach dem Lissabon-Vertrag mit der Ausnahme von Hilfen bei Notlagen (Art. 122 AEU) ihre Grenze in der finanzpolitischen Eigenverantwortlichkeit eines jeden Mitgliedstaates. Ein Abrücken vom Grundsatz des „no bail out“ wäre ein Abschied vom Prinzip der Eigenverantwortlichkeit und eine weitere Einschränkung der nationalen Souveränität. Dies wäre unvereinbar mit der Geschäftsgrundlage der Währungsunion und mit dem Lissabon-Vertrag. Deshalb begrüßt es die CSU ausdrücklich, dass der Europäische Rat am 28. Oktober 2010 ausgeschlossen hat, im Zuge der Errichtung des ESM die „no bail out“-Klausel des Art. 125 AEU zu ändern.

II.

Die Europäische Union muss Stabilitätsunion werden

- 12. Der Euro ist nach Überzeugung der CSU für Deutschland und Europa unverzichtbar. Deshalb unterstützt die CSU alle verantwortbaren Maßnahmen, die das Funktionieren der Währungsunion sicherstellen. Die gegenwärtige Finanzkrise ist keine Krise des Euro, sondern eine Schuldenkrise einiger Staaten der Euro-Zone.**

Die Schaffung der Währungsunion mit der Gemeinschaftswährung des Euro sollte den Binnenmarkt ergänzen sowie den Weg in die nicht gleichzeitig mitgeschaffene politische Union „unumkehrbar“ machen. Mit dem Beitritt zum Euro verliert zwar ein Land seine Souveränität in der Geldpolitik, es bleibt aber nach dem Lissabon-Vertrag souverän in seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik. Da der Euro ohne den notwendigen Rahmen einer politischen Union eingeführt wurde, sollten die Kriterien des Maastricht-Vertrages sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Mitglieder der Euro-Zone den Gleichklang der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik sicherstellen. Gelingen kann diese Währungsunion aber nur, wenn sich die einzelnen Volkswirtschaften an die gemeinsam festgelegten Regeln halten. Die CSU kann für sich in Anspruch nehmen, mit ihrem Parteivorsitzenden Bundesfinanzminister Theo Waigel und mit Unterstützung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber den Stabilitäts- und Wachstumspakt durchgesetzt zu haben. Bereits zu diesem Zeitpunkt hat die CSU die Einführung von automatischen Sanktionen bei Verstößen gefordert.

Der Euro hat durch den Wegfall von Wechselkursrisiken und Umtauschgebühren die Kosten für grenzüberschreitende Transaktionen verringert, für einen stabilen Binnen- sowie Außenwert der Währung gesorgt und damit Handel, Arbeitsplätze und Wohlfahrt gefördert. Er hat sich als zweitwichtigste Währung neben dem Dollar etabliert und Europas Rolle als Wirtschaftsmacht in der Welt gestärkt. Er hat sich als genauso stabil wie die DM erwiesen. Gerade für Deutschland als größter Volkswirtschaft in der Euro-Zone ist ein stabiler Euro von großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung.

- 13. Alle Länder in Europa müssen sich gleichermaßen um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit bemühen. Die Mitgliedschaft in der Eurozone hat einige Euroländer dazu verleitet, strukturelle Wettbewerbsnachteile auszublenden. Die dadurch verursachten Probleme beschädigen die Wettbewerbsfähigkeit ganz Europas. Ihre Ursachen abzustellen ist ein Gebot der Solidarität in Europa. Eine gute Zukunft kann nur gesichert werden, wenn ganz Europa seine Position im globalen Wettbewerb stärkt.**

- 14. Die Hauptursache für die gegenwärtige Krise im Euro-Raum ist nach Überzeugung der CSU die Verschuldungspolitik in einigen Mitgliedstaaten und die anhaltende Missachtung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die Staaten der Euro-Zone. Insbesondere haben Deutschland und Frankreich in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung mehrfach die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts verletzt und zugleich dafür gesorgt, dass der Pakt aufgeweicht wurde.**

Dass sich die Volkswirtschaften der Euro-Zone so gefährlich auseinander entwickeln konnten, hängt zum einen mit der Erwartung zusammen, dass die Einführung des Euro von selbst zu einer Konvergenz der Volkswirtschaften beitragen werde. Zum anderen wurden die geltenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts nach Einführung des Euro 97 mal überschritten, in keinem einzigen Fall kam es dabei zu Sanktionen. Schädlich für die europäische

Stabilitätskultur war insbesondere das Verhalten der beiden größten Eurostaaten. Dieses schlechte Beispiel machte auch bei den kleineren Mitgliedstaaten Schule. Die mit der Einführung des Euro verbundene deutliche Zinsverbilligung in den Peripheriestaaten hat dazu beigetragen, dass sich z.B. Griechenland immer weiter massiv verschuldete, keinerlei Haushaltsdisziplin übte und die notwendigen Strukturreformen unterlassen hat. Mit dem starken Einbruch der Weltwirtschaft infolge der internationalen Finanzkrise verschärfte sich die Lage in diesen Ländern dramatisch und gefährdete deren Verbleib in der Euro-Zone und die Euro-Zone selbst.

- 15. Insbesondere weist die CSU darauf hin, dass Griechenland vor und nach dem Beitritt zur Währungsunion die europäischen Behörden über die wahren Zahlen seiner Wirtschaft und über die tatsächliche Entwicklung seines Haushalts getäuscht hat, so dass es unter falschen Voraussetzungen mit voller Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung in die Währungsunion aufgenommen wurde.**

Weder die Europäische Kommission noch die Mitgliedstaaten sind den anders lautenden Informationen und Warnungen nachgegangen. Die CSU kann für sich in Anspruch nehmen im Europäischen Parlament gegen die Aufnahme Griechenlands in den Euro gestimmt und sich im Deutschen Bundestag dagegen ausgesprochen zu haben. Auch die Märkte haben erst im Zusammenhang mit der internationalen Finanzkrise auf die besorgniserregende Situation in Griechenland reagiert und die Zinsen deutlich erhöht.

- 16. Die Zukunft der Europäischen Währungsunion hängt für die CSU zum einen von der Bewältigung der aktuellen Schuldenkrise und zum anderen von der nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen der Währungsunion ab. Nachdem die Stabilitätspolitik auf europäischer Ebene nicht durchgesetzt werden konnte, erzwingen dies nun die Finanzmärkte. Der CSU geht es vor allem um die Stabilität des Euro und die dauerhafte Verwirklichung einer konsequenten Stabilitätskultur.**

Die staatliche Verschuldungsdynamik rückte im Dezember 2009 in den Fokus der Märkte, nachdem Griechenland mit einer Neuverschuldung von 12,7 % des BIP einen stark erhöhten Wert für das Budget 2009 bekanntgegeben hatte. Am 08. Mai 2010 haben die Euro-Länder und der Internationale Währungsfond (IWF) aufgrund eines Hilfesuches Griechenlands ein gemeinsames Stützungs paket in Höhe von insgesamt 110 Mrd. Euro als Soforthilfe vereinbart, wobei die Euro-Länder 80 Mrd. Euro übernahmen, von denen rd. 23 Mrd. Euro auf Deutschland entfallen. Griechenland erhält die Mittel im Gegenzug zu einem harten Sanierungsprogramm. Nachdem massive Ansteckungseffekte für Portugal und Irland drohten, einigten sich die EU-Finanzminister am 10. Mai 2011 auf einen Rettungsschirm mit einem Gesamtumfang von bis zu 750 Mrd. Euro, der IWF-Zusagen in Höhe von 250 Mrd. Euro enthält, und an den sich ab 2013 der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 700 Mrd. Euro anschließen soll. Die Europäische Zentralbank (EZB) begann gleichzeitig mit dem Ankauf von Schuldverschreibungen von den Schuldnerstaaten. Zwischenzeitlich haben auch Irland und Portugal unter strengen Auflagen Hilfen aus dem Rettungsschirm (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität – EFSF) erhalten. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die für Griechenland beschlossenen 110 Mrd. Euro nicht ausreichen würden, beschlossen die Euro-Länder am 21. Juli 2011 in Zusammenarbeit mit dem IWF eine weitere Hilfe in Höhe von insgesamt 109 Mrd. Euro. Außerdem wurden die Kompetenzen von EFSF und ESM erheblich erweitert. Bereits am 17. Dezember 2010 hatten die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, in Art. 136 AEU die Staaten der Euro-Zone zur Einrichtung eines

Stabilitätsmechanismus zu ermächtigen, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren.

17. **Die CSU hält die Hilfe der EU für Griechenland nur dann für gerechtfertigt, wenn Griechenland selbst die versprochenen notwendigen Anstrengungen unternimmt, um seine Schuldentragfähigkeit herzustellen und wettbewerbsfähig zu werden. Es darf aber keine unbegrenzte Einstandspflicht der Euro-Länder geben. Hilfskredite dürfen nur gewährt werden, wenn ansonsten die Stabilität der Eurozone als Ganzes gefährdet wäre. Sie dürfen nur bis zur Wiedererlangung des Marktzugangs Zug um Zug gegen Umsetzung der Reformschritte erfolgen.**
18. **Alle Hilfsmaßnahmen bedürfen der demokratischen Legitimation durch die nationalen Parlamente. Das Votum der Bundesregierung muss dabei an die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat gebunden werden. Der Bundestag muss die Kontrolle über grundlegende haushaltsrechtliche Entscheidungen behalten. Finanzielle Hilfsmaßnahmen müssen von ihm im Einzelnen bewilligt werden.**

Der IWF muss als in Sanierungen international erfahrene, EU-unabhängige Institution in Finanzierung und Durchführung von Hilfsmaßnahmen eingebunden bleiben.

Die CSU begrüßt die Beteiligung von Banken und Versicherungen an den Kosten der Staatsschuldenkrise Griechenlands und im Rahmen des ESM. Die Erweiterung der Aufgaben des europäischen Rettungsfonds EFSF und des ESM beinhaltet, dass künftig in besonderen Fällen Staatsanleihen am Sekundärmarkt aufgekauft und auch Vorsorgeprogramme aufgelegt sowie Darlehen an Regierungen für Finanzinstitute in allen Euro-Ländern vergeben werden können. Die CSU fordert die Bundesregierung auf, ihre Vetoposition in der Ausgestaltung und im Management des EFSF so einzusetzen, dass es nicht am Ende zu den von anderen Mitgliedstaaten gewünschten Euro-Bonds, zu einem Europäischen Währungsfonds und zu einer dauerhaften Haftungsgemeinschaft kommt. Die CSU fordert, dass die getroffenen Maßnahmen nur zielgerichtete Krisenhilfe sind und dass alles getan werden muss, dass die finanziellen Hilfsmaßnahmen einschließlich der Absenkung der Zinsen und der Verlängerung der Laufzeiten in den betroffenen Euro-Ländern nicht zu einem Erlahmen bei den notwendigen Reformmaßnahmen führen. Ergänzend muss den betroffenen Staaten bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft gezielt geholfen werden.

19. **Für den Fall, dass ein Euro-Staat seine Schulden trotz Hilfen in absehbarer Zeit nicht bedienen kann, muss er umschulden können. Finanzielle Restrukturierungsmaßnahmen müssen notfalls durch europaweit abgestimmte, nationale Bankenrettungsschirme bewältigt werden. Die CSU tritt außerdem dafür ein, dass Mitgliedstaaten der Euro-Zone nur beitreten dürfen, wenn sie die Konvergenzkriterien tatsächlich erfüllen. Ist ein Mitgliedstaat nicht gewillt oder in der Lage, die Konvergenzkriterien dauerhaft zu erfüllen, muss die Möglichkeit bestehen, die Euro-Zone unter Aufrechterhaltung seiner Mitgliedschaft in der EU wieder zu verlassen.**
20. **Entscheidend für die Zukunft des Euro ist, dass die Einhaltung der von den Euro-Staaten gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen konsequenter überwacht und durchgesetzt wird und dass die Wirtschaftspolitiken der Euro-Staaten besser miteinander abgestimmt werden. Deshalb fordert die CSU die rasche Verwirklichung des vom Europäischen Rat beschlossenen Reformpakets.**

Dabei geht es uns besonders um

- **die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die die ursprünglichen Regelungen wieder herstellt und die Maßnahmen zu seiner Durchsetzung früher und konsequenter anwendet,**
- **die automatische Durchsetzung von Maßnahmen ohne „politische Rabatte“,**
- **die frühzeitige und enge haushaltspolitische Überwachung und Abstimmung (sog. Europäisches Semester), die für die Haushaltsdisziplin in allen Euro-Staaten sorgt,**
- **die strikte Kontrolle der beschlossenen Maßnahmen,**
- **die Möglichkeit einer spürbaren Sanktionierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt,**
- **die neue makroökonomische Überwachung, die der Vermeidung übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte dient und**
- **die wirksame wirtschaftliche Zusammenarbeit und Koordinierung, die die Wirtschaftspolitiken der Euro-Staaten besser aufeinander abstimmt (Euro-Plus-Pakt).**

Die CSU fordert in allen Mitgliedstaaten einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber herzustellen, dass die europäischen Gesellschaften nicht mehr über ihre Verhältnisse leben dürfen. In der Wirtschafts- und Währungsunion sind alle Mitgliedstaaten besonders aufeinander angewiesen. Dies erfordert gerade in der Haushaltspolitik eine erhöhte Disziplin.

Die CSU fordert „Defizitsünder“ frühzeitig in die Schranken zu weisen. Die EU muss bei wiederholter Verletzung der Defizitkriterien Sanktionen erlassen können, die nicht ins Belieben der Mitgliedstaaten gestellt werden, sondern automatisch greifen. Die CSU begrüßt deshalb, dass das Europäische Parlament Druck ausübt, damit die sog. umgekehrte qualifizierte Mehrheit auch bei vorbeugenden Maßnahmen im Rahmen von Defizitverfahren durchgesetzt wird. Maßstab aller Reformmaßnahmen muss es sein, das geordnete Funktionieren der Währungsunion sicherzustellen, damit künftig Schuldenkrisen nicht mehr entstehen. Dabei kann auch der Rat unabhängiger Sachverständiger von Nutzen sein.

- 21. Die CSU ist sich bewusst, dass die Maßnahmen zum besseren Funktionieren der Währungsunion zu einer weiteren Vertiefung der Integration in Bezug auf die Durchsetzung durch die Europäische Kommission und zu einer intensiveren Kooperation und Koordination der Mitgliedstaaten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik führen werden.**

Wir sagen Ja zu mehr Koordination bei der Wirtschaftspolitik in Europa, aber wir sagen Nein zu einer neuen Institution für die Wirtschaftspolitik der EU. Auch einen europäischen Finanzminister lehnen wir entschieden ab.

- 22. Die EZB muss sich in Zukunft wieder ganz auf ihre geldpolitische Aufgabe der Währungsstabilität konzentrieren können. Der gegenwärtige Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB auf dem so genannten Sekundärmarkt darf nur die absolute Ausnahme sein und kein Dauerzustand werden. Die Trennlinie zwischen Geld- und Fiskalpolitik darf nicht weiter aufgeweicht, sondern muss in vollem Umfang respektiert werden.**

- 23. Die CSU lehnt eine Mithaftung eines Mitgliedstaates für die Schulden anderer Mitgliedstaaten und damit eine Haftungsgemeinschaft entschieden ab.**

Sie würde eine Vergemeinschaftung der Finanzpolitik bedeuten und den Charakter des europäischen Staatenverbundes entscheidend verändern, weil sie die finanzpolitische Souveränität der Mitgliedstaaten beseitigen würde. Die Europäische Union ist zwar eine politische Schicksalsgemeinschaft, es gibt aber kein europäisches Volk. Wir können von den Menschen nicht die Bereitschaft erwarten, für die Schulden anderer Staaten aufzukommen. Eine unbegrenzte Vergemeinschaftung der Schulden in der EU wäre der sichere Weg in schwere wirtschaftliche Turbulenzen in ganz Europa. Aus der Risikogemeinschaft darf keine Haftungsgemeinschaft werden.

- 24. Die Einführung von Euro-Anleihen (Euro-Bonds) lehnt die CSU ab, weil sie die Schulden von Mitgliedstaaten vergemeinschaftet und den Reformdruck auf überschuldete Staaten zur Konsolidierung ihrer Finanzen ausschaltet.**

Eurobonds widersprechen dem Grundsatz der finanziellen Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und dem Gründungsgedanken der Währungsunion. Sie entlasten nur kurzfristig, mittelfristig schaden sie allen Euro-Mitgliedstaaten durch ein höheres Zinsniveau. Sie sind außerdem ungerecht, weil sie Lasten aus Fehlern anderer Eurostaaten vor allem Deutschland aufbürden. Die Einrichtung von Euro-Anleihen würde eine zentrale integrierte politische Instanz erfordern, die die Finanzpolitik des Euro-Raumes bestimmt. Bei dieser zentralen Instanz (europäischer Finanzminister) wäre es nicht mehr möglich, eine Stabilitätspolitik gegen eine Mehrheit anders eingestellter Mitgliedstaaten durchzusetzen. Die CSU hält auch weiterhin am Grundsatz der Souveränität der Mitgliedstaaten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fest.

- 25. Die CSU unterstützt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrem Einsatz für die Wahrung der deutschen Interessen unter Berücksichtigung der Verantwortung Deutschlands für die Europäische Union. Insbesondere gilt dies für ihr besonnenes Vorgehen angesichts einer Vielzahl divergierender Ratschläge aus Wissenschaft und Politik sowie der unterschiedlichen Interessenlagen der Euro-Länder. Es gilt weiterhin für ihre Vereinbarungen mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy in Bezug auf die europaweite Verankerung einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild bei den Mitgliedstaaten, in Bezug auf eine verstärkte Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken in Europa und in Bezug auf die abgestimmte Einführung einer Finanztransaktionssteuer.**

- 26. Die CSU zieht einen klaren Trennungsstrich zu der politischen Linken, SPD und Grünen, die die gegenwärtige Schuldenkrise einiger Mitgliedstaaten dazu nutzen wollen, um die Währungsunion in eine Wirtschafts-, Finanz- und schließlich Sozialunion mit unbegrenzter gegenseitiger Haftung umzuwandeln, die den Anreiz zu einer soliden Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten schwächen und die deutschen Steuerzahler am stärksten belasten würde.**

- 27. Die CSU sieht in der Begrenzung und Rückführung der Schulden der Mitgliedstaaten nicht nur die entscheidende Voraussetzung für die Wiedergewinnung verstärkter politischer und wirtschaftlicher Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Union, sondern auch den entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der**

Generationengerechtigkeit, wonach keine Generation das Recht hat, ihre finanziellen Probleme auf künftige Generationen abzuwälzen.

Zur Solidarität innerhalb Europas gehört zwingend auch die Solidarität mit künftigen Generationen. Aus einer in allen Mitgliedstaaten geführten Debatte über die notwendige Stabilitätskultur kann ein europäisches Bewusstsein für die gemeinsame politische Verantwortung entstehen, die die Grundlage für eine Vertiefung der Integration zu bilden vermag. Die CSU selbst macht mit dieser Verantwortung gegenüber künftigen Generationen ernst, indem sie in Bayern seit Jahren für einen Haushalt ohne Neuverschuldung sorgt.

Fazit

- **Die CSU kämpft für den Erhalt und den Erfolg des Euro, weil er für Deutschland und Europa unverzichtbar ist. Der Euro ist ein wichtiger Bestandteil der Europäischen Union.**
- **Mitglied der Europäischen Währungsunion dürfen nur EU-Staaten werden und bleiben, die die Stabilitätskriterien einhalten und eine solide Haushaltspolitik betreiben.**
- **Die CSU fordert die konsequente Durchsetzung der Schuldenbremse und der Stabilitätskultur in allen Euro-Ländern.**
- **Euro-Staaten, die sich nicht an die gemeinsamen Regeln der Haushaltsdisziplin halten und dadurch sich und die Währungsunion in Schwierigkeiten bringen, müssen damit rechnen die Währungsunion verlassen zu müssen. Sie sollen allerdings als EU-Staaten Hilfe bei der finanziellen Restrukturierung erhalten.**
- **Die CSU lehnt die Vergemeinschaftung der Schulden der Euro-Staaten durch sog. Euro-Bonds und die Schaffung einer Haftungsgemeinschaft entschieden ab. Die finanzielle Eigenverantwortung eines jeden Mitgliedstaates war für Deutschland Grundlage für die Zustimmung zur Währungsunion.**
- **Die CSU sieht in der in allen Mitgliedstaaten notwendigen Debatte über die Stabilitätskultur die Chance, dass ein europäisches Bewusstsein für die gemeinsame politische Verantwortung für den Euro wächst, das auch Voraussetzung für die Vertiefung der Integration ist.**
- **Die CSU fordert neben der Bewältigung der Schuldenkrise, dass der Vertrag von Lissabon in allen seinen Teilen mit Leben erfüllt und auf dieser Grundlage Europa vorangebracht wird.**